

Armenien

Gesamteinschätzung

Das Wirtschaftswachstum Armeniens beschleunigte sich 2001 nach amtlichen Angaben auf 9,6% des BIP (6,0% in 2000). Der Aufschwung wurde in erster Linie von einem beachtlichen Produktionsanstieg in der Landwirtschaft (+11,6%) und im Dienstleistungssektor (ca. 16%) getragen. Auch der Außenbeitrag zum BIP nahm infolge der kräftig angestiegenen Exporte bei leicht rückläufigen Importen zu. Die Industrieproduktion ist insgesamt moderat um 3,8% gegenüber dem Vorjahr angestiegen, wobei die Stromerzeugung im Jahresvergleich um mehr als 7% zurückgegangen ist. Ähnlich wie in den Vorjahren bewirkte das beträchtliche Wachstum keine sichtbare Verbesserung der sozialen Lage breiter Bevölkerungsschichten. Nach Angaben der EBWE leben über 86% der Haushalte unter der nach internationalen Kriterien berechneten Armutsgrenze. Eine Verminderung des im GUS-Vergleich höchsten Gini-Wertes im Einkommensgefälle lässt sich nach wie vor nicht erkennen.

Dank einer konsequent restriktiven Geld- und Devisenpolitik der Zentralbank wurde 2001 die Preis- und Wechselkursentwicklung weitgehend in Grenzen gehalten. Die Jahresinflation der Konsumgüterpreise bewegte sich im Dezember-Dezember Vergleich bei nur 2,9%, die Landeswährung Dram wertete im Jahresdurchschnitt gegenüber dem US-Dollar um lediglich 2,7% ab. Trotz der seit nunmehr drei Jahren andauernden monetären Stabilität genießt aber der Dram noch kein festes Vertrauen der Bevölkerung. Seit Jahresanfang 2002 beschleunigte sich zudem die Abwertung des Dram zusehends, so dass die Zentralbank zur Einhaltung ihrer Zielvorgabe bei der Wechselkursentwicklung auf dem Devisenmarkt intervenieren musste. Angesichts der hohen Geschäftsrisiken blieb das Zinsniveau mit einem durchschnittlichen Kreditzinssatz von ca. 27% p.a. im Vergleich zum Vorjahr unverändert hoch, ungeachtet einer konsequenten Reduzierung des Refinanzierungssatzes durch die Zentralbank von 25% (Dezember 2000) auf 13,5% (Februar 2002). Weiterhin angespannt blieb 2001 die Lage der öffentlichen Haushalte. Nur mit großer Anstrengung und teilweise mittels erzwungener Eintreibung von Steuerzahlungen für künftige Perioden konnte die Regierung das konsolidierte Defizit weitgehend im geplanten Rahmen halten. Mittelfristig ist die fiskalpolitische Stabilität als nicht gesichert zu bewerten.

Die reformpolitischen Bemühungen der armenischen Regierung konzentrierten sich 2001 auf die Erarbeitung des neuen dreijährigen Privatisierungsprogramms, die Fortsetzung der Verwaltungsreform sowie die Regelung der Verschuldungsfrage mit Russland. Der IWF schätzt zwar die wirtschaftliche Situation in Armenien in seinem jüngsten Bericht als zufriedenstellend ein, weist gleichzeitig aber auf die sich abzeichnenden Risiken bei den öffentlichen Finanzen und der Außenposition Armeniens hin. Handlungsbedarf besteht insbesondere bei der Verbesserung des rechtlichen und institutionellen Rahmens der Firmentätigkeit, der Korruptions- und Armutsbekämpfung sowie bei der Reduzierung von Risiken, die sich aus der enormen Abhängigkeit Armeniens von ausländischer Finanzhilfe ergeben. Im laufenden Jahr rechnet die Regierung mit einem Anstieg des BIP um real 6% gegenüber 2001 und einer Jahresinflation von 2,7%.

Wirtschaftsentwicklung

Das 2001 amtlich ausgewiesene reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 9,6% gegenüber dem Vorjahr war rechnerisch gesehen das beste Jahresergebnis seit der Unabhängigkeit Armeniens. Im Zeitraum 1996-2001 bewegte sich die Steigerungsrate des BIP im Jahresdurchschnitt bei 5,5%. Wie in den meisten GUS-Ländern wurde damit das Niveau vor dem transformationsbedingten Einbruch 1991 allerdings noch nicht erreicht. Es wird zum Jahresende 2002 bei knapp 70% des Niveaus von 1991 liegen. Im ersten Quartal 2002 schwächte sich das Wachstum leicht ab, die Wachstumsrate belief sich in diesem Zeitraum im Jahresvergleich aber immerhin auf ca. 7%. Das Wachstum wurde 2001 in erster Linie von einem beachtlichen Produktionsanstieg in der Landwirtschaft (+11,6% gegenüber 2000), dem Telekommunikationssektor (+16,0%) und der Bau-

wirtschaft (+14,0%) getragen. Dagegen verlangsamte sich der Produktionsanstieg in der Industrie auf 3,8% (2000: 6,4%).

Die einzelnen Industriebranchen wiesen sehr unterschiedliche Jahresergebnisse auf. Im Bergbau wurde ein kräftiger Produktionsanstieg um knapp 20% gegenüber dem Vorjahr registriert, bedingt in erster Linie durch eine 30%ige Expansion bei der Gewinnung von Molybdän- und Kupfererzen sowie -konzentraten. Mit Steigerungsraten von über 10% stellte sich im Jahresvergleich die Entwicklung im Maschinenbau, in der Metallverarbeitung, in der Nahrungsmittelproduktion (ausgenommen Tabak) und der Leichtindustrie ebenfalls positiv dar. Relativiert werden diese Angaben allerdings durch den statistischen Basiseffekt bzw. das generell geringe Produktionsvolumen in einzelnen Branchen. So kann sich die Wiederinbetriebnahme eines einzelnen Großunternehmens maßgeblich auf die Tendenz in der gesamten Branche auswirken.

Rückläufige Tendenzen wiesen neben der Chemieindustrie (-16%) 2001 auch die für Armenien wichtigen Industriesektoren Energiewirtschaft und die Verarbeitung von Diamanten und Edelsteinen auf. Die Stromerzeugung sank u.a. wegen der temporären Abschaltung des Kernkraftwerks Medzamor von 5.958 Mio. kW/h 2000 auf 5.744 Mio. kW/h 2001. Trotzdem konnte Armenien auch 2001 den eigenen Strombedarf weitgehend abdecken und zudem noch 6,4% der erzeugten Elektrizität (netto) ausführen. Angesichts des hohen Anteils nicht-monetärer Zahlungen (Aufbau der Verschuldung, Verrechnungen) sowie erheblicher Verluste und unzulässiger Abzweigungen der Elektroenergie besteht im armenischen Energiesektor weiterhin erheblicher Reformbedarf. So konnten beim Abbau struktureller Engpässe in diesem Sektor als auch bei der Wasserversorgung und kommunalen Dienstleistungen bislang keine durchschlagenden Fortschritte erzielt werden.

Die Verarbeitung von Diamanten und Edelsteinen wies 2001 einen Rückgang der Produktion um knapp 10% im Vergleich zum Vorjahr auf. Die Branche basiert größtenteils auf Lohnveredelung und ist der wichtigste Exportsektor Armeniens. Die negative Produktionsentwicklung dieser Industrie, die in erster Linie durch Ausfall der Einfuhren von Rohdiamanten aus Russland und Westeuropa bedingt war, kehrte sich ab Ende September 2001 wieder um, als eine Investition aus Israel die Beschaffung von Rohstoffen aus dem Ausland in Großmengen ermöglichte. Im späteren Jahresverlauf sowie Anfang 2002 konnte eine bessere Kapazitätsauslastung erzielt werden, so dass im laufenden Jahr wieder mit einem kräftigen Anstieg der Herstellung und Exporte von Diamanten und Edelsteinen gerechnet wird.

Nach einem dürrebedingten Produktionsrückgang im Jahre 2000 wuchs die armenische Landwirtschaft 2001 um 11,6%. Die Getreideproduktion stieg um 63% auf über 366 Tausend Tonnen. Dennoch konnte der geschätzte Jahresbedarf von 800 000 t nur durch umfangreiche Importe gedeckt werden. Gute Ernteerträge wurden 2001 auch bei Kartoffeln und Gemüse registriert, dagegen nahm der Obstertag um über 20% im Vergleich zum Vorjahr ab. Im laufenden Jahr wird in erster Linie wegen ungewöhnlich ergiebiger Regenfälle in Frühjahr 2002 bestenfalls ein leichter Anstieg der Produktion erwartet.

Auf der Verwendungsseite des BIP waren 2001 nach amtlichen Angaben positive Trends sowohl bei den Investitionen wie auch beim privaten Konsum zu verzeichnen. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen um 14% gegenüber 2000 an, laut VGR-Angaben bewegt sich die Investitionsquote jedoch bei niedriger 18% des BIP. Zwar liegen die endgültigen Ergebnisse der VGR für das Jahr 2001 noch nicht vor, doch lassen die Daten für die ersten drei Quartale darauf schließen, dass der Endverbrauch – ähnlich wie in den Vorjahren – den Marktwert des produzierten BIP wieder übertreffen wird. Diese Entwick-

lung kann nur mit den hohen Nettoimporten (16,2% des BIP im 3. Quartal 2001) erklärt werden, und basiert im Wesentlichen auf Transfers der armenischen Diaspora und internationalen Geberorganisationen. Der private Verbrauch stieg in der ersten Jahreshälfte 2001 geringfügig um real 2,4% gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode an.

Monetäre Indikatoren

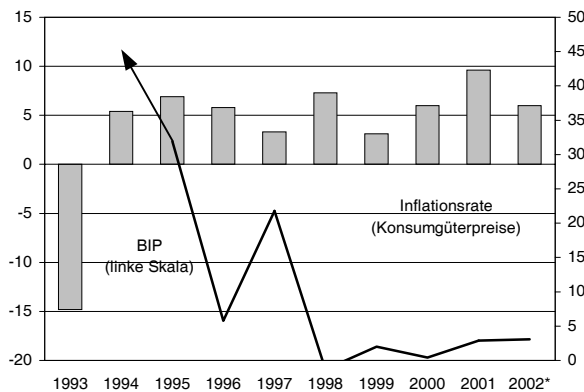
Dank einer konsequent restriktiven Geld- und Devisenpolitik der Zentralbank wurde 2001 die Preis- und Wechselkursentwicklung in Grenzen gehalten. Die Jahresinflation der Konsumgüterpreise bewegte sich im Dezember-Dezember Vergleich bei nur 2,9%, im Jahresdurchschnitt stieg sie gegenüber 2000 lediglich um 3,1% an. Die Entwicklung der Produzentenpreise in der Industrie war im Jahresverlauf 2001 sogar leicht rückläufig. Die Jahresergebnisse sowie die Entwicklung in den ersten fünf Monaten 2002 entsprechen weitgehend den Zielvorgaben der Regierung und der armenischen Zentralbank. Die Landeswährung Dram wertete im Jahresdurchschnitt gegenüber dem US-Dollar um lediglich 2,7% ab.

Dass die erreichte Preis- und Wechselkursstabilität kurzfristigen Risiken ausgesetzt ist, zeigt die jüngste Entwicklung im März und April 2002. Auf Druck des IWF nahm die Regierung Ende März nachträglich die Auszahlung von ausstehenden Renten und sozialen Zuwendungen in Höhe von 3 Mrd. Dram (ca. 5,3 Mio. USD, oder 0,25% des 2001er BIP) vor. Die daraus entstandene Ausweitung des Geldangebots hatte eine Inflation der Konsumgüterpreise von 2,4% und eine Abwertung des Dram um 1,6% innerhalb des Monats April zur Folge. Um die Wechselkursentwicklung im geplanten Rahmen zu halten, musste die Zentralbank mit 1,9 Mio. USD auf dem Devisenmarkt intervenieren. Ähnliche Schwankungen im weiteren Jahresverlauf sind nicht auszuschließen, zumal die Regierung sich gegenüber dem IWF dazu verpflichtet hatte, die verbleibenden Zahlungsrückstände von über 27 Mrd. Dram (2,1% des anvisierten BIP) zum Jahresende vollständig abzubauen. Generell spiegelt die unmittelbare Reaktion des Wechselkurses auf kurzfristige Änderungen des Geldangebots das fehlende Vertrauen in den Dram wider. Entsprechend hoch ist der Dollarisierungsgrad der armenischen Wirtschaft, wie er an der Dominanz der Deviseneinlagen und -kredite im Bankensektor abzulesen ist. Vor diesem Hintergrund wird das Wechselkursziel der Zentralbank von jahresdurchschnittlich 563 Dram/USD kaum zu halten sein.

Ungeachtet kurzfristiger Preis- und Wechselkurschwankungen hat die armenische Zentralbank den Refinanzierungssatz im Zeitraum Januar 2001 bis Februar 2002 stufenweise von 25% auf 13,5% p.a. herabgesetzt. Diese Zinssenkung blieb aber 2001 praktisch ohne Auswirkungen auf die Kreditvergabe

der Geschäftsbanken. Nach einem beachtlichen Anstieg 2000 sank das Kreditvolumen 2001 um 6%. Der durchschnittliche Kreditzinssatz (bei Krediten mit einer Laufzeit von unter einem Jahr) verminderte sich nur geringfügig auf 27,4% p.a. Das Zinsniveau blieb damit angesichts der hohen Geschäftsrisiken, die mit dem Fehlen verlässlicher Wirtschaftsinformationen über Kreditnehmer und einem generell schwierigen Geschäftsklima in Armenien zusammenhängen, relativ hoch.

Wachstum des realen BIP und Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)



* Prognose.

Auf dem armenischen Kreditmarkt ist seit Anfang 2001 eine außergewöhnliche Entwicklung zu beobachten, insofern das Volumen der mittel- und langfristigen Kredite deutlich höher als dasjenige der kurzfristigen Kredite ausfällt. Angesichts hoher Geschäftsrisiken und einer ausgesprochen schwachen Finanzsituation vieler Unternehmen ist eine solche Zusammensetzung des Kreditportfolios kaum zu erwarten. Ein eingehenderer Blick auf die Kreditpraxis der Banken zeigt jedoch, dass mittel- und langfristige Kredite meist geberfinanziert sind und größtenteils zu günstigen Konzessionsbedingungen vergeben werden. Sie werden, wie etwa die Kredite der Lincy Foundation (einer von U.S.-Armeniern kontrollierten Finanzorganisation) gezielt für die Finanzierung verschiedener Entwicklungsprogramme in der Industrie und Infrastruktur verwendet. Auch wenn der Einsatz von geberfinanzierten Krediten für Armenien aus entwicklungspolitischen Gesichtspunkten begründet erscheint, führt dies andererseits zu einer Segmentierung des Kreditmarktes. Das Vorhandensein günstiger und längerfristiger Kredite, auch wenn diese nur bestimmten Kreditnehmern zugänglich sind, nimmt Unternehmen im Allgemeinen den Anreiz, durch marktorientiertes Anpassungsverhalten ihre Kreditwürdigkeit mittelfristig zu stärken. Zudem wird die Transparenz des Kreditmarktes und die allgemeine Zugänglichkeit von Kreditmitteln für Unternehmen durch das bestehende Missverhältnis zwischen Kreditlaufzeiten und -zinssätzen beeinträchtigt.

Analog zum Vorjahr war das Geschäftsjahr 2001 für das Bankensystem Armeniens insgesamt verlustbringend, wobei sich der Gesamtverlust von 2,2 Mrd. im Jahr 2000 auf knapp 350 Mio. Dram verringerte. Der Bankensektor ist nach wie vor unterentwickelt. Seit Mitte 2001 ist eine umfassende Bankenreform im Gange, die eine nachhaltige Konsolidierung des Bankensektors u.a. durch Austritt der schwachen Geschäftsbanken aus dem Markt, eine bessere und transparentere Intermediation zwischen dem Banken- und dem Realsektor sowie eine Reduzierung der Finanzrisiken zum Ziel hat. Nach Abschluss der Restrukturierung kann mit einer positiven Entwicklung im armenischen Bankensystem gerechnet werden.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Weiterhin angespannt blieb 2001 die Lage der öffentlichen Haushalte. Das konsolidierte Budgetdefizit, in dem neben dem Zentralhaushalt auch die regionalen Budgets sowie der staatliche Sozialversicherungsfonds mit berücksichtigt sind, bezifferte sich nach offiziellen Regierungsangaben auf 50,8 Mrd. Dram bzw. 4,3% des BIP (2000: 4,8% des BIP). Damit wurde die im Haushaltsplan 2001 festgelegte und mit dem IWF abgestimmte Zielgröße von 53,8 Mrd. Dram (4,8% des BIP) sogar unterschritten. Positiv bewertet wurden vom IWF insbesondere Verbesserungen in der Steueradministration und eine strengere Ausgabenpolitik. Die Regierung Armeniens hielt außerdem ihre Verpflichtung gegenüber dem IWF ein und baute die aufgelaufenen Zahlungsrückstände bei Renten, sozialen Zuwendungen und Kapitalausgaben für die Entwicklung der Infrastruktur um ca. die Hälfte ab. Der Restbestand dieser Schulden von 27,1 Mrd. Dram soll im laufenden Jahr abgetragen werden. Der ausgewiesene Fehlbetrag wurde zu knapp zwei Drittel durch die Außenfinanzierung gedeckt, in erster Linie durch die Finanzhilfen des IWF, der Weltbank und der EU. Der restliche Teil musste durch Schuldverschreibungen finanziert werden, unter anderem weil die Einnahmen aus der Privatisierung 2001 weit niedriger als geplant ausfielen.

Trotz gewisser Verbesserungen beim Haushaltsvollzug blieben die chronischen Schwächen der armenischen Fiskalpolitik, die sich vor allem aus dem Fehlen eines mittel- und langfristigen fiskalpolitischen Reformprogramms ergeben, weiter bestehen. Der Haushalt 2001 basierte auf einer Ende 2000 in Zusammenarbeit mit dem IWF geänderten Steuer-gesetzgebung. Ziel der vorgenommenen Modifikationen war es, den Steuerdruck auf die Unternehmen abzumildern und gleichzeitig die Steuerbasis zu erweitern. Dementsprechend wurde das Plansoll für die gesamten Steuereinnahmen, sowohl nominal wie auch in Relation zum BIP, gegenüber den Zielgrößen vom Vorjahr gesenkt. Ungeachtet der ge-

lockerten Zielvorgabe blieben die gesamten Steuereinnahmen jedoch im Jahresergebnis um 7,3% hinter dem Planziel zurück. Die Steuerquote, die 2000 bei lediglich 13,9% des BIP lag, verminderte sich 2001 weiter auf 13,1% und bewegte sich somit auf einem selbst für ein Entwicklungsland äußerst niedrigen Niveau. Das Versagen der Fiskalbehörden bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung und die Verfehlung der monatlichen Zielvorgaben beim Steueraufkommen führte gegen Ende 2001 dazu, dass die Weltbank die geplante Freigabe eines Teils des Strukturanpassungskredits SAC 4 in Höhe von 20 Mio. USD auf unbestimmte Zeit aussetzte.

Selbst dieses unbefriedigende Resultat bei den Steuereinnahmen konnte die Regierung nur mittels erzwungener Eintreibung von Steuerzahlungen für künftige Perioden erzielen. Dieses willkürliche Vorgehen der Steuer- und Zollbehörden ist in Armenien zur gängigen Praxis geworden, die u.a. von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung aufs Schärfste kritisiert wird. Generell erschwert das auf Dauer ungerichtete und angespannte Verhältnis zwischen dem Unternehmenssektor und dem Staat eine nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen, die einen für beide Seiten akzeptablen Interessensausgleich voraussetzt.

Die Ausgaben des konsolidierten Haushalts wurden 2001 nur zu knapp 85% der veranschlagten Zielgröße vollzogen. Unter den Ausgabenkürzungen litten insbesondere die Anlageinvestitionen (73,5% des Plansolls) und die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (68,2%). Somit wurde der Schwerpunkt des auf Anregung des IWF eingeleiteten Sparkurses von sensiblen Bereichen wie den Renten und sozialen Zuwendungen im vergangenen Jahr auf die Kapitalausgaben verlagert. Mittelfristig soll in der Ausgabenpolitik eine höhere Transparenz der Mittelverteilung, insbesondere bei der Allokation von Privatisierungseinnahmen, realisiert sowie das Auflaufen neuer Zahlungsrückstände vermieden werden. Es wird sich aber noch zeigen müssen, ob dieses mittelfristige Vorhaben, das die armenische Regierung in ihrer Absichtserklärung gegenüber dem IWF im April 2001 festgeschrieben hatte, nicht an dem Fehlen einer kohärenten Wirtschaftsstrategie, dem unzulänglichen Rechtsbewusstsein der betroffenen Behörden sowie an zahlreichen Interessenskonflikten in einem nichttransparenten Umfeld scheitert.

Der Regierungsentwurf des Haushalts für das laufende Jahr, der Ende Dezember 2001 von der Nationalversammlung verabschiedet wurde, sieht Einnahmen in Höhe von 219,2 Mrd. Dram und Ausgaben von 260,4 Mrd. Dram vor. Das anvisierte Defizit von 3,2% des BIP, das der IWF als „anspruchsvoll, aber realistisch“ beurteilte, soll analog zum Vorjahr zu einem gewichtigen Teil (88%) von Auslandszuwendungen, darunter von Krediten internationaler Finanzorganisationen gedeckt werden. Beim Haushaltsvollzug 2002 kann – angesichts der bislang weitgehend unterbliebenen Reformmaßnahmen

im Bereich der öffentlichen Finanzen – durchaus mit der Fortsetzung der üblichen Praxis von erzwungener Eintreibung von Steuerzahlungen für künftige Perioden mit entsprechend negativen Auswirkungen auf den Unternehmenssektor gerechnet werden.

Beschäftigung und soziale Lage

Mit Unterstützung von der Weltbank wurde im Oktober 2001 die erste Volkszählung nach der Unabhängigkeit Armeniens durchgeführt. Das Ereignis wurde mit großem Interesse und Spannung erwartet, da vielfach Zweifel an der Korrektheit der amtlichen Bevölkerungszahl (3,8 Mio. Einwohner) angesichts der seit Jahren andauernden massenhaften Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte bestand. Nach Abschluss der Volkszählung meldete das armenische Amt für Statistik 3,0 Mio. Personen als vorläufiges Ergebnis und kündigte die Veröffentlichung von endgültigen Resultaten für den Sommer 2002 an. Unabhängige Analysen anhand des Elektrizitäts- und Lebensmittelkonsums lassen, je nach Berechnungsmethode, auf eine deutlich niedrigere Einwohnerzahl von 2,1 bis 2,5 Mio. Personen schließen.

Das endgültige amtliche Ergebnis der Volkszählung ist insofern von Bedeutung, als die volkswirtschaftlichen pro-Kopf Relationen nach einer entsprechenden Anpassung ein nicht unerheblich geändertes Bild erkennen lassen. So würde sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2001 auf 707 USD erhöhen (anstatt 558 USD), womit Armenien die führende Position in der Gruppe der sieben GUS-Länder einnehmen würde, die die neue Initiative des IWF und der Weltbank zur Armutsbekämpfung und Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums umfasst. Zugleich würde das pro-Kopf Einkommen Armeniens damit deutlich über der Schwelle der ärmsten Länder nach der Definition der Weltbank liegen.

Indessen hatte das 2001 registrierte kräftige Wirtschaftswachstum keine nennenswerten Auswirkungen auf die Verbesserung der Einkommenssituation und Beschäftigungsaussichten im Lande. Die armenische Statistik gibt den Anteil der in Armut lebenden Familien anhand von Haushaltsuntersuchungen mit 55% an. Legt man die international ermittelte Armutsgrenze – 4 USD pro Haushalt und Tag nach Kaufkraftparität – zugrunde, so haben 86,2% der armenischen Familien nach Angaben der EBWE 2000 ein niedrigeres Einkommen bezogen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass im Gesamteinkommen der armenischen Familien private Geldüberweisungen aus dem Ausland, die an der amtlichen Datenerfassung größtenteils vorbei gehen, traditionell eine wichtige Rolle spielen. Einen Anhaltspunkt hinsichtlich der Größenordnung privater Geldströme nach Armenien bietet die Zahlungsbilanz, welche die Zuwendungen der im Ausland lebenden armenischen Diaspora beispielsweise für das Jahr

2000 mit ca. 95 Mio. USD (knapp 5% des BIP) angibt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Einkommenssituation vieler Familien etwas günstiger dar, als die offizielle Statistik erkennen lässt.

Die Reallöhne sind seit 1995 ununterbrochen gestiegen und lagen 2001 bei nur leicht angestiegenen Verbraucherpreisen um 10,2% über dem durchschnittlichen Niveau von 2000. Diese Entwicklung wird aber durch das allgemein niedrige Lohnniveau (das durchschnittliche Monatsgehalt lag Anfang 2002 bei knapp 24 000 Dram oder ca. 43 USD), das erhebliche Einkommensgefälle sowie durch den hohen Selbstversorgungsgrad insbesondere in ländlichen Gegenden wesentlich relativiert.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten stabilisierte sich 2001 nach amtlichen Angaben weitgehend auf dem Vorjahresniveau von knapp 1,28 Mio. Personen. Damit wurde der seit Jahren andauernde Rückgang der Beschäftigung erstmals unterbrochen. Positiv auf die Beschäftigung wirkte die Wiederinbetriebnahme einiger industrieller Großobjekte. Die Beschäftigung im privaten Sektor ist 2001 um 1,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf 74,2% der Gesamtbeschäftigung angestiegen.

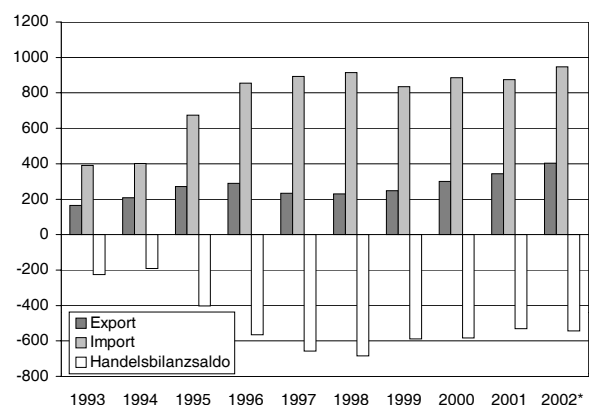
Zum 1.1.2002 waren 161 000 Personen offiziell als arbeitslos registriert, davon 66% Frauen. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich damit die Arbeitslosenquote um 1,4 Prozentpunkte auf 10,3%. Anfang 2002 war ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Zum 1.4.2002 fiel die Arbeitslosenquote erstmals unter die 10% Grenze. Haushaltsumfragen zufolge lag die Arbeitslosenquote im 2. Quartal 2001 mit 32,8% der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter sehr viel höher. Nur 3,6% der Arbeitslosen erhielten Ende 2001 Arbeitslosengeld. Das Arbeitslosengeld beträgt umgerechnet 5,7 USD monatlich und wird sehr unregelmäßig ausgezahlt. Viele Arbeitslose lassen sich daher nicht offiziell registrieren.

Außenwirtschaft

2001 setzte sich das recht dynamische Exportwachstum fort. Die Warenexporte stiegen anhand der Zolldaten um knapp 14% gegenüber 2000, die Importe gingen hingegen um ca. 1,2% leicht zurück. Dementsprechend verminderte sich der Fehlbetrag im Warenhandel von 584 Mio. USD 2000 auf 531 Mio. 2001. Seit Herbst 2001 ist im Jahresvergleich ein zweistelliges Exportwachstum zu verzeichnen, das auf die Wiederbelebung der Produktion bei der Veredelung von Diamanten und Edelsteinen zurückzuführen ist. Die vorliegenden Daten über die Exportentwicklung in den ersten 4 Monaten 2002 belegen, dass außerdem die Ausfuhren von Mineralprodukten und Erzeugnissen der Metallurgie deutlich angestiegen sind. Die armenische Zentralbank prognostiziert für das laufende Jahr Warenexporte in Höhe von 404 Mio. USD (ein weiterer Anstieg um

knapp 18% im Vergleich zu 2001) und Importe von ca. 947 Mio. USD (+8,4%). Damit soll sich das Handelsbilanzdefizit auf 543 Mio. USD oder 23,7% des BIP (2001: 25%) belaufen. Trotz dieser Verbesserung der außenwirtschaftlichen Position bleibt eine nachhaltige Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der armenischen Wirtschaft jedoch fraglich, es sei denn, die Exportstruktur wandelt sich allmählich zugunsten konkurrenzstarker und flexibler Bereiche wie der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, insbesondere aber Tourismus und Informationstechnologien. Bislang waren solche Anpassungstendenzen in der Exportstruktur nicht erkennbar, ungeachtet erheblicher Fördermittel und Entwicklungsinvestitionen, die gezielt für diese zukunftsträchtigen Bereiche von ausländischen Geberorganisationen und Privatfirmen bereitgestellt wurden. Die armenische Regierung beabsichtigt, die derzeit laufenden internationalen Förderprogramme auf die Grundlage einer konsistenten nationalen Strukturpolitik in den Bereichen Landwirtschaft, Fremdenverkehrswesen und Informationstechnologien zu stellen. Mit der erhofften Anpassung der Produktions- und Exportstruktur kann aber erst in einigen Jahren gerechnet werden.

Außenhandel (Waren, Mio. USD)



* Prognose

Die Länderstruktur des armenischen Außenhandels hat sich aufgrund des Lohnveredelungsverkehrs in der Diamanten- und Edelsteinbearbeitung 2001 nicht unerheblich verändert. Während im Jahre 2000 ein Viertel der Exporte auf den traditionell wichtigsten Absatzmarkt Belgien entfiel, nahmen 2001 Russland (Exportanteil 17,7%) und die USA (15,2%) die beiden führenden Positionen unter den Handelspartnern Armeniens ein. Belgien folgte mit 13,6% der Gesamtexporte. Dementsprechend verlor die EU (Anteil 2001: 25,9%) ihre Spitzenposition und wurde von den GUS-Ländern knapp überholt (26%). Ab dem 4. Quartal 2001 war ein sprunghafter Anstieg der Diamantenexporte nach Israel auf 33 Mio. USD zum Jahresende 2001 zu verzeichnen. Mit einem Anteil von 9,7% wurde Israel der viergrößte Han-

delspartner Armeniens vor dem Iran (9,5%).

Der kräftige Exportanstieg vor dem Hintergrund leicht rückläufiger Importe trug zum weiteren Abbau des Leistungsbilanzdefizits (ohne Berücksichtigung von offiziellen Transfers) von 19,9% des BIP 2000 auf vorläufig 12,6% des BIP 2001 bei. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen ging weiter auf 76 Mio. USD (2000: 102 Mio.) zurück. Der Rückgang der Auslandsinvestitionen spiegelt zum einen das unverändert schwierige Geschäftsklima im Lande wider, zum anderen steht er in direktem Zusammenhang mit dem Scheitern mehrerer großer Privatisierungsvorhaben. Nach vorläufigen Zahlungsbilanzangaben gingen die offiziellen Transfers ebenfalls von 102 Mio. USD 2000 auf nur noch 68 Mio. 2001 zurück. Hingegen beliefen sich die privaten Zuwendungen der armenischen Diaspora 2001 auf 101 Mio. USD (2000: knapp 95 Mio.).

Die Auslandsverschuldung stieg von ca. 860 Mio. USD (2000) auf 968 Mio. USD im Jahr 2001. Die Schuldenquote stieg jedoch nur geringfügig von 45,2% auf 45,6% an. Der IWF schätzt die Verschuldungslage Armeniens kurz- und mittelfristig als zufriedenstellend ein, weist aber gleichzeitig auf mittel- und langfristige Liquiditätsrisiken hin, die sich insbesondere im Falle fehlschlagender bzw. unterlassener Reformmaßnahmen mit Sicherheit zuspitzen werden. Zu diesen Risiken zählen allgemeine Exportschwäche und die niedrige Attraktivität des Landes für ausländische Investoren, zumal die öffentlichen und privaten Hilfsleistungen aus dem Ausland keine dauerhafte Lösung für die Bedienung der externen Verschuldung darstellen. Vor dem Hintergrund einer ausgesprochen labilen Lage der öffentlichen Finanzen kann der geschätzte Anstieg der Auslandsverschuldung auf über 1100 Mio. USD im Jahre 2003 zu einer gesamtwirtschaftlichen Destabilisierung führen, die nur mit einer fiskalischen Anpassung in Höhe von 0,5 bis 1% des BIP aufzufangen wäre. Für eine nachhaltige Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Außenposition sind daher Maßnahmen zur Stärkung der Exportleistung, die Verbesserung des rechtlichen Rahmens für Investoren und eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen unerlässlich.

Wirtschaftspolitik

Eine glaubwürdige Zielsetzung der mittel- und langfristigen Wirtschaftspolitik, die den wichtigsten Entwicklungsproblemen Armeniens Rechnung trägt, lässt sich zwar in den in Kooperation mit dem IWF und der Weltbank ausgearbeiteten Aktionsprogrammen in Ansätzen erkennen. Die internationale Gebergemeinschaft signalisierte beispielsweise noch im Sommer 2001 ihre Bereitschaft, das vorläufige Programm der Armutsbekämpfung mit weiteren Krediten zu unterstützen. Typischerweise scheitern aber die wichtigsten Reformvorhaben der armenischen Führung an ungenügendem Durchsetzungs-

vermögen, Interessenskonflikten, der weit verbreiteten Korruption sowie allgemein am fehlenden politischen Willen des Staates, die direkte Kontrolle über die Wirtschaft glaubwürdig aufzugeben. Die Regierung Andranik Markaryans kann daher in ihrer mittlerweile zweijährigen Amtszeit auf nur wenige überzeugende Reformresultate zurückblicken.

Nicht zuletzt das Fehlen überzeugender Reformfortschritte führte im Laufe des Jahres 2001 zu Unterbrechungen in der Kooperation Armeniens mit den internationalen Finanzorganisationen. Wie erwähnt setzte die Weltbank die geplante Freigabe eines Teils des Strukturanpassungskredits SAC 4 in Höhe von 20 Mio. USD auf unbestimmte Zeit aus. Auch der IWF verzögerte bislang die ursprünglich für März 2002 geplante Auszahlung der nächsten Tranche des PRGF Programms von 10 Mio. SZR. Indes wächst unter den in Armenien tätigen Privatfirmen die Enttäuschung über den Unwillen der staatlichen Behörden, die insgesamt durchaus marktfördernde Gesetzgebung konsequent durchzusetzen. Am stärksten wird die freizügige Auslegung des anzuwendenden Rechts durch Steuer- und Zollämter bemängelt, aber auch das Fehlen unabhängiger und effizienter marktwirtschaftlicher Institutionen in den Bereichen Handels- und Investitionsförderung, Rechtsschutz und Geschäftsinformation. Nach wie vor haben Unternehmen unter diesen Umständen sehr hohe Transaktionskosten und kaum vertretbare Geschäftsrisiken zu tragen. Viele neu gegründete Privatfirmen, die als Wachstumsträger aus transformationspolitischen Gesichtspunkten rechtlich und institutionell unterstützt werden sollten, treten daher in Armenien aus dem Markt aus oder schrauben ihre Tätigkeit auf das Notwendigste zurück. Dies verschlechtert die Chancen auf die Einleitung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums.

Im Juli 2001 verabschiedete die armenische Nationalversammlung ein neues dreijähriges Privatisierungsprogramm, das den Verkauf von über 900 Großunternehmen, vorwiegend an strategische Investoren, vorsieht. Diese Vorgabe wird von Vertretern der Wirtschaft und unabhängigen Experten als unrealistisch angesehen, vor allem mit Blick auf die deutliche Verlangsamung des Privatisierungsprozesses während der letzten beiden Jahre. Die Einnahmen des Staates aus der Privatisierung beliefen sich 2001 auf lediglich 2,5 Mrd. Dram im Vergleich zu fast 20 Mrd. 1999. Auch die Resultate des vorhergehenden Privatisierungsprogramms 1998-2000, als nur 251 statt der geplanten 601 mittleren und Großunternehmen privatisiert wurden, lassen Zweifel an der Durchsetzbarkeit der Regierungspläne aufkommen. Allerdings haben sich die im 2. Halbjahr 2001 abgeschlossenen Privatisierungsvorhaben in der Metallurgie, Metallverarbeitung und anderen Industriebranchen bereits positiv auf die Produktionsentwicklung bei den betroffenen Unternehmen ausgewirkt.

Positiv sind hingegen die reformpolitischen Bemühungen der armenischen Regierung im Banken-

sektor und dem Bereich öffentliche Verwaltung zu bewerten. Die bereits erwähnte Bankenreform wird auf der Grundlage des neuen Gesetzes über die Insolvenz der Geschäftsbanken sowie der angekündigten Verschärfung der Vorschriften zur Einlagensicherung durchgeführt. Im Zuge der Reform soll sich die Gesamtzahl der tätigen Geschäftsbanken um ca. ein Drittel auf insgesamt 22 vermindern. Im September 2001 wurde die Privatisierung der ehemals staatlichen Sparbank abgeschlossen.

Die Verwaltungsreform umfasste bislang die Freisetzung eines Teils der Beschäftigten im Regierungsapparat sowie die Einführung der obligatorischen Veröffentlichung von Einkommenserklärungen für Beamte höheren Ranges. Es wird sich aber noch zeigen müssen, ob die eingeleitete und von der Weltbank geförderte Verwaltungsreform mehr Transparenz unter den Entscheidungsträgern schafft und generell zu effizienter Korruptionsbekämpfung beiträgt.

Entgegen den Erwartungen konnten die Verhandlungen über den 1995 beantragten WTO-Beitritt Armeniens bis Ende 2001 nicht abgeschlossen werden, da die Regierung keine Einigung mit den Mitgliedsstaaten über die stufenweise Vereinheitlichung der Steuerregeln für heimische Produzenten und Importeure landwirtschaftlicher Produkte erzielen konnte. Allerdings wurde Anfang Juni 2002 ein Durchbruch in den Verhandlungen gemeldet, so dass mit der endgültigen Aufnahme des Landes in die WTO bis Ende des Jahres gerechnet wird.

Im Dezember 2001 wurde eine vorläufige Vereinbarung mit der russischen Regierung über die Re-

gelung der Verschuldungsfrage getroffen. Das Abkommen sieht die Übergabe von fünf armenischen Unternehmen an Russland gegen Abtragung eines nicht bekannt gegebenen Teils der Gesamtverschuldung von 94 Mio. USD vor. Betroffen sind 4 Objekte des Militärkomplexes (2 Unternehmen der elektronischen Industrie und 2 Forschungsinstitute im Bereich EDV und Materialforschung) sowie das Hrazdan Elektrizitätswerk. Nach armenischen Regierungsangaben besteht mit der russischen Seite Einigung über die Höhe der abzutragenden Schulden, die Garantien für das weitere Betreiben von Unternehmen in Armenien sowie die technischen Details des Eigentumstransfers. Das Abkommen konnte jedoch bis Frühsommer 2002 noch nicht unterzeichnet werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die glaubwürdige Verbesserung des rechtlichen und institutionellen Rahmens der Firmentätigkeit, Korruptions- und Armutsbekämpfung sowie die Reduzierung der enormen Abhängigkeit von ausländischer Finanzhilfe die wichtigsten Aufgaben der armenischen Wirtschaftspolitik sind. Die entsprechende Zielsetzung soll schwerpunktmäßig den Inhalt einer nationalen Strategie der Armutsbekämpfung bilden, die im 2. Halbjahr 2002 abgeschlossen und von der armenischen Regierung verabschiedet werden soll. Mit der Vorlage dieses Programms wird Armenien die Bedingung für die Fortsetzung der finanziellen Unterstützung der Reformpolitik durch die internationale Gebergemeinschaft erfüllen.

ALEXEI SEKAREV

Armenien

Fläche: 29,8 Tsd. km²

Bevölkerung: 3,8 Mio. (Stand 1.7.2001); 3,0 Mio. (vorläufiges Ergebnis der Volkszählung vom Oktober 2001)

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt							
BIP, nominal	Mrd. Dram	804	955	987	1033	1177	1288
BIP, nominal	Mrd. USD	1,637	1,885	1,849	1,909	2,121	2,288
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	3,3	7,3	3,1	6,0	9,6	6,0
BIP pro Kopf	USD						
	Amtl. Wechselkurs	431	498	485	504	558	561
	Kaufkraftparität	2064	2230	2325	2402	.	.
BIP	Index 1991=100 ¹	49,6	53,2	54,9	58,2	63,8	67,6
Industrie	Index 1991=100 ¹	51,1	49,8	52,4	55,8	57,9	62,0
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	0,9	-2,5	5,2	6,4	3,8	7,1
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	-5,9	13,1	1,3	-2,5	11,6	.
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	3,9	10,6	7,7	28,4	14,0	.
Struktur lt. VGR							
Industrie	% des BIP	22,5	19,9	21,2	22,1	20,5	.
Landwirtschaft	% des BIP	29,4	30,8	27,0	23,1	24,8	.
Bauwesen	% des BIP	8,1	8,0	8,3	10,2	10,6	.
Dienstleistungen	% des BIP	31,8	31,8	34,9	35,5	34,4	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP	55	60	60	60	60	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	61,7	68,5	71,8	72,8	74,2	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	Reale Veränd. gg. Vorj., %	2,1	12,0	0,5	12,2	14,0	.
Investitionsquote lt. VGR	% des BIP	16,2	16,2	16,4	17,6	18,0 ²	.
Zufluss von Direktinvest., netto							
Zahlungsbilanzangaben	Mio. USD	52	221	122	102	76	100
darunter aus Deutschland	Mio. EUR	1,	1	0	0	2	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, ges., JD	Mio. Personen	1,372	1,337	1,298	1,278	1,280	.
Männer	Mio. Personen	0,702	0,696	0,689	0,699	.	.
Frauen	Mio. Personen	0,671	0,641	0,609	0,581	.	.
in der Industrie	% d. Beschäftigten	16,7	15,7	15,0	14,1	.	.
im Staatssektor	% d. Beschäftigten	37,1	30,3	27,4	26,5	25,0	.
Arbeitslosenquote, ges., JE	%	10,8	9,4	11,2	11,7	10,3	.
Männer	%	5,5	5,6	7,6	8,0	.	.
Frauen	%	17,4	13,3	15,0	15,7	.	.
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	29,2	23,5	-2,2	36,3	3,8	.
Zinssatz, jährl., JE	%, Rediskontsatz	51,0	38,0	43,0	25,0	15,0	.
Realzins (PPI, lfd. Jahr), JE	%, jährl., aufg. Kredite ³	50,5	42,8	38,0	31,3	27,3	.
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	14,0	8,7	0,6	-0,8	3,1	2,7
Konsumgüterpreise, JE	Veränd. gg. Vorj., %	21,9	-1,3	2,0	0,4	2,9	3,1
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	19,0	13,4	2,3	0,8	-0,4	.
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, ⁴ nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	37,8	30,0	21,8	12,0	10,5	.
Reallöhne, ⁴ JD	Veränd. gg. Vorj., %	21,1	19,6	12,9	10,6	10,2	.
Privater Verbrauch, real lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	7,3	5,3	1,4	7,1	2,4 ⁵	.
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	5,2	6,1	11,0	8,5	15,5	.
Sparquote (priv. Haushalte)	% des verf. Eink.	-1,1	0,4	-0,7	2,3	-1,0 ²	.

Armenien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Lebensstandard							
Monatslohn, JD	USD,						
brutto	Amtl. Wechselkurs	24,2	30,6	35,2	39,1	43,1	.
brutto	Kaufkraftparität	116	137	168	174	.	.
Mindestlohn/Durchschn.-lohn	%	7,4	5,4	24,8	23,8	20,9	.
Altersrente/Durchschn.-lohn	%	26,8	20,5	21,9	21,3	18,8	.
Öffentliche Haushalte (kons.)⁶							
Einnahmen	Mrd. Dram	155,8	198,8	226,9	204,7	193,6	219,2 ⁷
Ausgaben	Mrd. Dram	193,1	233,9	278,3	254,3	244,4	260,4 ⁷
Budgetsaldo	Mrd. Dram	-37,3	-35,1	-51,4	-49,6	-50,8	-41,0 ⁷
Budgetsaldo	% des BIP	-4,6	-3,7	-5,2	-4,8	-4,3	-3,2 ⁷
Öffentl. Verschuldung	% des BIP	.	43,1	50,4	47,8	48,7	48,8
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt⁸							
Export	Mio. USD	234	229	247	301	343	404
Import	Mio. USD	892	914	835	885	874	947
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-658	-685	-588	-584	-531	-543
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU	% der Exporte	28,5	34,6	46,0	36,0	25,9	.
Deutschland	% der Exporte	4,0	4,2	4,4	4,3	3,2	.
GUS	% der Exporte	40,7	36,5	24,3	24,5	26,0	.
Russland	% der Exporte	27,1	18,1	14,6	15,0	17,7	.
CEFTA	% der Exporte
Import aus							
EU	% der Importe	19,8	28,7	31,2	34,2	28,9	.
Deutschland	% der Importe	2,9	3,8	4,2	4,1	3,9	.
GUS	% der Importe	33,5	25,5	23,1	19,0	24,6	.
Russland	% der Importe	24,2	21,2	18,5	14,9	19,5	.
CEFTA	% der Importe
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. EUR	40,5	27,7	24,8	33,2	38,3	.
Deutsche Einfuhr	Mio. EUR	17,1	4,9	7,2	22,0	14,3	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. EUR	23,4	22,8	17,6	11,2	24,0	.
Gesamtwirtschaftl.							
Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo ⁹	Mio. USD	-456	-515	-401	-381	-268	-306
	% des BIP (USD)	-28,0	-27,3	-21,7	-19,9	-12,6	-13,4
Währungsreserven, ges., JE	Mio. USD	.	.	332	330	.	.
der Nationalbank, ¹⁰ JE	Mio. USD	243	298	305	314	344	348
Wechselkurs, JD	Dram/USD	491	505	535	540	555	563
	Dram/EUR	.	567	570	497	497	.
Realer Wechselkurs, JE	Index 1995=100	95	102	101	92	86	.
Terms of Trade	Index 1990=100
Auslandsverschuldung,							
Brutto, Dez.	Mio. USD	640	787	855	862	968	1048
Netto, Dez.	Mio. USD
Brutto	% des BIP	39,1	41,7	46,2	45,2	45,6	45,8
Schuldenquote (brutto)	% der Exporte	.	219	223	193	183	184
Schuldendienstquote	% der Exporte	14,2	19,0	14,3	10,7	15,0	12,0

Anmerkung: * = teils vorläufige Angaben; ** = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ Jahr vor dem ersten transformationsbedingten Einbruch; ² Januar-September; ³ Kreditsatz der Geschäftsbanken für Darlehen mit einer Laufzeit von 15 Tagen bis 1 Jahr; ⁴ amtliche Angaben anhand Meldungen von ca. 9000 Unternehmen aller Wirtschaftssektoren;

⁵ Januar-Juni; ⁶ inklusive staatlicher Sozialversicherungsfonds sowie Zuwendungen aus dem Ausland; ⁷ Werte für 2002 entsprechen dem vom Parlament am 28.12.2001 verabschiedeten Haushaltsplan der Regierung (Zentralhaushalt); ⁸ ohne Dienstleistungen; ⁹ ohne offizielle Transfers; ¹⁰ inklusive Gold- und SZR-Bestände;

Quellen: Nationalamt für Statistik der Republik Armenien, Armenische Zentralbank, AEPLAC, Armenia Economic Trends 2001, EBRD Transition Report 2001, IWF, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.